

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 56/0284/WP18
Federführende Dienststelle: FB 56 - Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 31.03.2023
		Verfasser/in: FB 56/500
Housing First		
- Ratsantrag der Fraktionen von GRÜNEN und CDU vom 04.02.2022 (222/18)		
- Ratsantrag der Fraktionen von GRÜNEN und SPD vom 22.03.2023 (338/18)		
Ziele:	Klimarelevanz	
	keine	
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
27.04.2023	Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, ein Housing First-Konzept für die Stadt Aachen zu erarbeiten.

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		x	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die

Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Der Effekt auf die CO2-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			x

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
- überwiegend (50% - 99%)
- teilweise (1% - 49 %)
- nicht
- nicht bekannt

Erläuterungen:

Das Konzept Housing First wurde in den USA entwickelt und zielt darauf ab, wohnungslosen Personen dauerhaft eine Wohnung auf dem regulären Wohnungsmarkt ohne Vorbedingungen zur Verfügung zu stellen. Ein eigenes, mietvertraglich abgesichertes Wohnverhältnis ist damit Ausgangspunkt und nicht mehr Fernziel der Wohnungslosenhilfe. Housing First realisiert damit das Wohnen für alle als voraussetzungsloses Grundrecht. Der Ansatz hat sich mittlerweile in vielen Ländern weltweit etabliert. Auch in Deutschland gibt es bereits verschiedene Projekte.

Das Grundprinzip von Housing First besteht darin, dass Wohnungslosen durch einen eigenen Mietvertrag eine stabile Wohnsituation angeboten wird, bevor sie weitere Unterstützung in Form von Beratung, Behandlung oder Training erhalten/annehmen. Durch die Schaffung einer stabilen Wohnsituation, die sich Betroffene selber aussuchen und gestalten, können sich Menschen in schwierigen Lebenslagen eine Grundlage für den Umgang mit anderen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Sucht schaffen, um so ihre Lebenssituation zu verbessern und ihre Bedürfnisse besser zu befriedigen. Die Trennung von Wohnung und Unterstützung ist dabei wesentlich: Die Ablehnung von wohnbegleitenden Hilfen führt nicht zum Verlust der Wohnung; umgekehrt bleibt die Unterstützung auch nach einem Wohnungswechsel oder dem Verlust der Wohnung bestehen. Zielgruppe sind insbesondere die Menschen, die ohne ein eigenes Zuhause auf der Straße leben.

Die Verwaltung hat verschiedene Projekte mit entsprechender Zielsetzung recherchiert und verglichen. Im Ergebnis verfolgt Housing First regelmäßig einen partizipativen Ansatz. Das Gelingen erfordert die Zusammenarbeit zwischen der Kommune, den Akteur*innen des Wohnungsmarktes, gemeinnützigen Organisationen und den Wohnungslosen selbst, um erfolgreich umgesetzt werden zu können. Einerseits ist die Akquise von potenziellen privaten und gemeinnützigen Wohnungsgebern sowie die Organisation des Kaufs bzw. der Anmietung von Wohnungen erforderlich. Andererseits gilt es, die komplexe und multiprofessionelle Betreuung, die sich individuell und flexibel an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren soll, zu koordinieren und auszuführen.

Es wurde deutlich, dass der Ansatz „die Wohnung zuerst“ in der Praxis dennoch einer umfangreichen Vorarbeit bedarf. Wohnungslose werden gezielt von Sozialarbeiter*innen bzw. Streetworker*innen angesprochen. Hat die Person Interesse, wird sie zunächst dabei unterstützt, existenzsichernde Leistungen zu erhalten. Währenddessen wird die Person auf der Warteliste geführt, bis eine Wohnung für sie vorhanden ist.

Housing First richtet sich in erster Linie an chronisch wohnungslose Personen, die aufgrund von verschiedenen Faktoren wie Suchtproblemen, psychischen Erkrankungen oder

Traumata Schwierigkeiten haben, eine stabile Wohnsituation aufrechtzuerhalten. Eine Lösung für alle betroffenen Personen bietet dieser Ansatz nicht - dafür sind die Problemlagen, Belange und Voraussetzungen der einzelnen Betroffenen zu individuell.

Bewährt hat sich der Housing First Ansatz beispielsweise in Düsseldorf. Um von den dortigen Erfahrungen zu profitieren, werden Vertreter*innen des Sozialdienstes des Fachbereichs Wohnen, Soziales und Integration am 20.04.2023 das dortige Projekt besuchen.

Von den Erfahrungen verschiedener Pilotprojekte profitierend möchte die Verwaltung das Housing First Konzept auch in Aachen umsetzen und damit das bestehende Angebot im Bereich der Wohnungslosenhilfe ergänzen. Hierzu bedarf es der Kontaktaufnahme zu (privaten) Vermieter*innen, die bereit wären, eine oder mehrerer Wohnungen für ein entsprechendes Projekt zur Verfügung zu stellen. Eine dezentrale Verortung wird angestrebt. Zudem wird Kontakt zur gewoge aufgenommen, um geeignete städtische Wohnungen zu definieren, in denen ein Housing First Projekt für die Stadt Aachen umgesetzt werden könnte.

Die zudem erforderliche individuelle Betreuung soll zunächst im Arbeitskreis niederschwellige Hilfen thematisiert werden. Neben einer koordinierenden Funktion wird die multiprofessionelle Unterstützung aus verschiedenen Bereichen benötigt und soll dort vereinbart werden. Dabei ist davon auszugehen, dass die ausgewählten Personen einen erheblichen Betreuungsbedarf haben. Interessierte Träger sind gegebenenfalls zu einem Fachgespräch zur inhaltlichen Ausgestaltung und zur Erstellung eines Finanzierungsrahmens einzuladen.

Parallel soll geprüft werden, inwieweit öffentliche oder private Mittel für die Bereitstellung von Wohnungen bzw. zur Finanzierung der erforderlichen Betreuungsleistungen akquiriert werden können. So profitiert das Projekt in Düsseldorf mit dem dort gegründeten Verein fifty-fifty e. V. beispielsweise von Benefiz-Kunst.

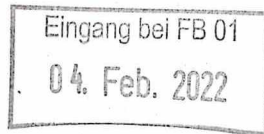
Über die weitere Entwicklung wird der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie unterrichtet.

Anlagen:

1. Ratsantrag der Fraktionen von GRÜNEN und CDU vom 04.02.2022 (222/18)
2. Ratsantrag der Fraktionen von GRÜNEN und SPD vom 22.03.2023 (338/18)

Grüne Fraktion im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nr. 222/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217

Antrag Nr. 04/2022

CDU 0241 / 432 -7211

Aachen, 04.02.2022

Ratsantrag

Pilotprojekt: Housing First

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und CDU beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den in der örtlichen Wohnungslosenhilfe tätigen Organisationen ein Konzept für ein Aachener Pilotprojekt „Housing First“ zu erarbeiten.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, zu prüfen, wie der für die Durchführung des Pilotprojekts notwendige Wohnraum sinnvollerweise zur Verfügung gestellt werden kann. Dabei sind insbesondere der Erwerb von Wohnungen durch die Stadt Aachen bzw. Ihre Beteiligungen oder durch einen Sozialträger in Betracht zu ziehen.

Begründung:

Das langfristige Ziel aller Bemühungen der Wohnungslosenpolitik ist die Ermöglichung von geordneten Lebensverhältnissen für die Betroffenen und letztlich die Beendigung der Wohnungslosigkeit. Der aus den USA stammende „Housing First“-Ansatz setzt dabei die Beendigung der Wohnungslosigkeit an die erste Stelle. Wohnungslosen Menschen wird zunächst der Bezug einer regulären Wohnung ermöglicht, ohne dass Betroffene ihre „Wohnungsfähigkeit“ unter Beweis stellen müssen. Die Zurverfügungstellung von Wohnraum ist nicht an die Erfüllung von Auflagen und Wohlverhalten gekoppelt. Auf dieser Basis werden die Betroffenen dann beim Aufbau geordneter Lebensverhältnisse unterstützt.

Das „Housing First“-Prinzip ist im Jahr 2017 in NRW in verschiedenen Großstädten gestartet, dort konnten wertvolle Erfahrungen getätigt werden und erste Erfolge zeigen sich. Auch in Aachen möchten wir das im Rahmen eines Pilotprojekts erproben.

GRÜNE

Fraktion im Rat der Stadt Aachen



CDU

FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

Ein entsprechendes Konzept soll gemeinsam mit den in der Wohnungslosenhilfe tätigen, örtlichen Organisationen erarbeitet werden.

Für die Durchführung des Pilotprojekts werden Wohnungen benötigt. Daher soll auch geprüft werden, wie diese sinnvollerweise zur Verfügung gestellt werden können.

Dabei sollen auch die wirtschaftlichen Folgen für die Stadt Aachen betrachtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Moni Wenzel

Fraktionssprecherin GRÜNE

Franca Braun

Sozialpolitische Sprecherin GRÜNE

Iris Lürken

Fraktionsvorsitzende CDU

Holger Brantn

Sozialpolitischer Sprecher CDU



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

02. März 2023

Nr. 338/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 18/2023 (Grüne)
165/23 (SPD)

Aachen, 02.03.2023

Ratsantrag

Housing-First-Konzept

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Housing First-Konzept für die Stadt Aachen zu erarbeiten. Dabei sollen der Begriff „Housing First“ klar definiert und bereits mögliche Immobilien, die im Besitz der Stadt Aachen sind, dahingehend geprüft werden, ob sie für Housing First geeignet sind. Es sollen zudem Grundlagen für die Nutzung von Wohnungen privater Vermieter:innen geschaffen werden. Teil des Konzepts sollte des Weiteren ein Kriterienkatalog zur Vergabe der Wohnungen sein. Für das Konzept und seine Umsetzung sollen Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt bzw. Finanzbedarfe ermittelt werden.

Begründung

In Bezug auf niedrigschwellige Angebote für wohnungslose Menschen ist die Stadt Aachen prinzipiell gut strukturiert und aufgestellt, jedoch fehlt bisher ein Housing First-Angebot, das langfristig dazu führen kann, die Zahl an Obdachlosen in der Stadt Aachen zu reduzieren. Housing First eignet sich insbesondere für Langzeitwohnungslose bzw. obdachlose Menschen, die ein hohes Maß an Betreuung und Begleitung benötigen, um die Obdachlosigkeit hinter sich lassen zu können. Das Angebot stellt einen weiteren Baustein im bestehenden Hilfesystem dar und soll auf bereits bestehende Angebote und Maßnahmen abgestimmt sein und diese sinnvoll ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt
Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos
Fraktionsvorsitzender SPD

Franca Braun
sozialpol. Sprecherin

Nathalie Koentges
sozialpol. Sprecherin